

Die Würde des Menschen ist unantastbar



„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ So lautet Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Man kann sich sicher sein, dass die „Mütter und Väter des Grundgesetzes“ diesen Artikel als oberste Maxime des Handelns des Staates und der Zivilgesellschaft betrachtet und deshalb an die erste Stelle aller Grundrechte gestellt haben. Man darf davon ausgehen, dass die Reihenfolge der Grundrechte im GG nicht zufällig ist, dass sie aufeinander aufbauen, eine untrennbare Einheit bilden und sich gewissermaßen durchdringen.

Man kann sich aber nicht sicher sein, dass diese Prämisse das Handeln der 3 Säulen der Gewaltenteilung in unserer Demokratie bestimmt. Im Gegenteil: Zweifel daran sind durch Tatsachen gestützt. Wie ernst wird eigentlich Art. 9 (2) GG genommen: „Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.“

Heute erleben wir, dass zwar in Sonntagsreden von der „wehrhaften Demokratie“ geschwafelt wird, aber zugelassen werden Veranstaltungen, die der Verbreitung von rassistischen, nationalistischen, antisemitischen oder sonstigen menschenverachtenden Parolen und der Volksverhetzung dienen, und die unter dem Deckmantel der Versammlungs- und Redefreiheit über die Bühnen gehen.

Gerichte tun so, als existiere der Verfassungsauftrag zum Schutz der Würde des Menschen und des Gedankens der Völkerverständigung nicht. Der Rechtsstaat scheint, wie so oft, auf dem rechten Auge blind zu sein. Und der Freistaat Thüringen stellt über eine Landesgesell-

schaft kostenlose Parkplätze zur Verfügung, anstatt im Vorfeld festzustellen, dass auf Grund des Fehlens von Parkmöglichkeiten die Veranstaltung an dem geplanten Ort nicht stattfinden kann.

Der bekannte Publizist und Rechtswissenschaftler Heribert Prantl schreibt zu den Vorgängen in Thüringen! „Der Rechtsstaat muss sich nicht ein X für ein U vormachen lassen. Er darf sich eine kommerzielle braune Veranstaltung nicht als Demonstration im Sinne des Grundgesetzes unterschieben lassen. So war das am Wochenende im thüringischen Ort Themar. Die Neonazis haben für ein Konzert rechtsextremer Bands 35 Euro Eintritt verlangt. Die Gerichte machten sich zuvor schwere Gedanken darüber, ob die dargebotenen Rechtsaußen-Hardcore-Songs nun von der Demonstrations- und Meinungsfreiheit gedeckt sind oder nicht.

Gustav Radbruch, der große Rechtsphilosoph der Weimarer Republik, hat seinerzeit, als die Nazis ungestraft höhnen und hetzen konnten, geklagt: „Manchmal will es scheinen, als gebiete die Methode juristischer Auslegung, sich als reiner Tor zu gebärden oder, vulgär gesprochen, sich dumm zu stellen.“ Nein, das gebietet weder die juristische Methode noch die Rechtslage. Der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow hat es richtig gesehen: Eintrittsgelder sind ein „K.o.-Kriterium“ für eine Demo. Eine Demo, die Eintritt verlangt, ist keine Demo.“

...(Es) ist zu prüfen, ob es sich bei der angeblichen Demonstration überhaupt um eine Demonstration im Sinn des Versammlungsrechts handelt. Ein Fußballspiel ist keine Demonstration. Ein Faschingszug auch nicht. Die Loveparade auch nicht. Und ein Konzert, mit dem der Veranstalter Geld verdient, ist keine politische Versammlung im Sinn des Grundgesetzes, auch wenn dort Lieder politischen Inhalts gesungen werden. Kommerz und Demonstration schließen sich aus.“

Dieser vernichtenden Kritik Prantls an der Entscheidung des OVG ist nicht viel hinzu zu fügen.

—EBE—

Ein zukunftssicheres Thüringen

ist ohne Gebietsreform nicht möglich. Das Jubeln der Reformgegner war nur von kurzer Dauer: In der Urteilsbegründung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs (VerfGH) werden die Hauptziele, die r2g mit der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform verfolgt, ausdrücklich – und natürlich mit Hinweisen – bestätigt. Die Gegner der Reform, voran die Thüringer CDU, haben eine empfindliche Niederlage erlitten.

Aber sie geben nicht auf. Da es ihnen an rationalen Gegenargumenten mangelt, konstruieren sie weiterhin unterirdische Scheinargumente. Sie schaffen mittels manipulativer Fehlinformationen, überörtlicher Vernetzungen und mit einem erheblichen finanziellen und medialen Aufwand ein ernst zu nehmendes Mobilisierungspotential. In und zwischen Städten und Gemeinden der Region sind bereits zu tiefe Spaltungen entstanden.

Dabei setzen die Reformgegner darauf, dass kein Slogan schrill und infantil genug sein kann, um seine Wirkung zu entfalten. Es mag viele Bürgerinnen und Bürger geben, die hinter den Kampagnen, die in mehreren Orten gegen ein mögliches Zusammengehen mit der größten Stadt der Region laufen, keine neuen Strukturen erkennen können. Es ist zudem merkwürdig, dass sich viele plötzlich für den Erhalt des Einflusses und letztlich der Arbeitsplätze von Leuten einsetzen, von denen man vermutlich nur in sehr wenigen Fällen sagen kann, dass diese sich damals so vehement für den Erhalt der Arbeitsplätze und gegen das wirtschaftliche Ausbluten der Region stark gemacht haben, wie sie jetzt gegen notwendige Reformen Sturm laufen und damit der Zukunft unseres Bundeslandes einen schlechten Dienst erweisen..

— ECKHARD GRIEBEL —

Dafür stehe ich!

Mein Herz schlägt links. Ob als Bürgermeister oder Abgeordneter – immer liegt mir eine soziale Politik am Herzen. Dank dieser Tätigkeiten weiß ich recht genau, wo der Schuh bei den Menschen und bei den Unternehmen in der Region drückt, gerade weil ich zuhöre, weil ich mit den Menschen im Gespräch bin. Folglich ist »Soziale Gerechtigkeit« für mich kein neues Schlagwort, sondern Politik mit Herz, Schnauze und Verstand!

Deshalb gute und kostenfreie Bildung für alle!

Wer am besten für die Zukunft vorsorgt, der investiert frühzeitig in gute und kostenfreie Bildung für alle, in mehr Kinder- und Ganztagsbetreuung, in passgenaue Hilfen für Alleinerziehende und Familien, in flexible Arbeitszeitmodelle sowie in eine vorsorgende Sozialpolitik mit einem fairen Mindestlohn und Renten, die für einen Lebensabend in Würde reichen. Genau dafür stehe ich!

Der Mensch steht im Mittelpunkt!

Menschen müssen von ihrem Arbeitslohn leben können. Um den Mindestlohn fair und sozial zu regeln, müssen wir im Bund die Finanzpolitik ändern und neu ausrichten. Der Staat muss in echte Chancen für Menschen investieren, damit diese einen sicheren Job finden und erst gar nicht auf Hilfen wie Hartz IV, Wohngeld oder Aufstockung angewiesen sind. Das hat etwas mit Würde zu tun. Vorsorgende Politik ermöglicht es, langfristig die Haushaltskassen von Bund, Ländern und Kommunen in Ordnung zu bringen, wenn die Kosten für Nachsorge und Sozialleistungen sinken. Wir brauchen endlich eine Arbeitsmarktpolitik, die Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert. Dann besteht die Chance, dass es mehr öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose gibt, dass der Mindestlohn deutlich aufgestockt wird, dass es mehr Bil-

dings- und Weiterbildungsangebote für benachteiligte Menschen gibt. Finanzierbar sind solche Vorhaben, wenn der Bundestag beispielsweise die Steuerpolitik anders ausrichtet: mit der Einführung einer gerechten Reichensteuer und der Neuausrichtung der Sozialausgaben. Auch die Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildungswillige Firmen kann helfen.

Nachhaltige Politik für Südthüringen!

Südthüringen wird seit Jahren von der Politik im Bund stiefmütterlich behandelt. Dieses Entkoppeln will ich möglichst stoppen. Eines meiner Vorhaben ist die Verhinderung der sogenannten Südlink- Stromtras-

**Steffen Harzer:
Mit Herz und
Schnauze für
Südthüringen**



DIE LINKE.

se, die den Thüringer Wald erneut zerschneiden und Natur zerstören würde. Ich werde mich in Berlin gegen die bisherigen Planungen noch stärker einsetzen können als im Landtag. Mir ist eine nachhaltige, sozialverträgliche Energiepolitik enorm wichtig – zusammen mit den regionalen Energieversorgern. Auch so sichern wir gute Arbeitsplätze zu fairen Löhnen und ein nachhaltiges Wachstum der Wirtschaftsunternehmen in Südthüringen. Das ist wiederum soziale Gerechtigkeit: unsere Heimat vor der Haustür, eine Region zum Leben, Arbeiten und Altwerden in Würde!

Mehr Anbindung für Südthüringen!

Zu einem guten Leben in Südthüringen gehören auch genügend Busse und Bahnen. Wenn manche Politiker reden, heißt es oft: Linie X muss abgeschafft werden, sie kostet zu viel. Doch fehlen Nahverkehrsanbindungen und Kaufkraft, drohen Einkaufsstraßen ohne regional ausgerichtete Läden beliebig zu werden, Innenstäd-

te drohen zu verwaisen und Gemeinden abgehängt zu werden. Auch lebendige Städte und Gemeinden sind Elemente sozialer Gerechtigkeit. Deshalb will ich mich im Bundestag einsetzen für eine bessere Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs, des Tourismus und der Wirtschaft in Südthüringen.

Zu meiner Person

Manchmal bemerke ich, wie bekannt ich bin: In Berlin im Café oder in Bamberg in der Fußgängerzone erkannt zu werden, ist nicht nur freudig, zeugt aber von meinem Engagement. So habe ich als Bürgermeister in Hildburghausen z. B. die Kinderbetreuung ab einem Jahr vor der gesetzlichen Regelung ermöglicht, mich für den Stadtbuss eingesetzt, das Theater saniert, das Rathaus als Bürgerzentrum mit Bibliothek, Veranstaltungsraum, Trausaal und Touristinformation für alle geöffnet, einen Kunstrasenplatz angelegt, Schwimmhalle, Vereinsdomizile und Feuerwehrgebäude gebaut – um nur einige verwirklichte Projekte aus der Zeit von 1996 bis 2014 zu nennen. Natürlich braucht es für ein gutes Leben mehr: einen fairen Mindestlohn, sichere Arbeitsplätze in der Region, eine sozialverträgliche Energiepolitik. Deshalb baue ich auf kommunale Energieversorgung und beziehe dabei größere, hier ansässige Firmen wie die ThüringenEnergie ein. Eine gute Basis ist mein Mandat im Landtag seit 2014. Nun möchte ich mich in Berlin für Südthüringen starkmachen, eben mit Herz und Schnauze! (M)Eine Aufgabe sehe ich in der Vertretung unserer Heimat in Berlin, damit Südthüringen nicht weiter von wichtigen Entwicklungen entkoppelt wird.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wenn Politiker sich um ein Mandat bewerben, halten sie oft Reden, die auf die Zuhörer zugeschnitten sind. Die Redner wissen, was sie zu sagen haben und sagen es. In der Politik ist das üblich. Ich stelle mich Ihnen anders vor, da ich die Erfahrung gemacht habe, dass eine offene Kommunikation ehrlicher ist. Das bestätigen mir unzählige Gespräche, zum Beispiel in Bussen und Bahnen, die ich beruflich und privat häufig nutze. Es kann also sein, dass wir uns beim Fahrkartenauftrag treffen. Die Gespräche zeigen mir, dass den Menschen vieles auf den Nägeln brennt, was sich unter »Sozialer Gerechtigkeit« zusammenfassen lässt. Am Herzen liegen mir gut bezahlte Arbeitsplätze, eine Rente, die zum Leben reicht, ein Nahverkehr mit Erreichbarkeit aller Orte und eine bezahlbare Energieversorgung.

www.steffen-harzer.de

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, Preis: eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
 Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Redaktion der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer September-Ausgabe 2017 ist am 25.08.2017

Der erste Eindruck täuscht

Auf den ersten Blick war der G20-Gipfel ein Akt der Gewalt von Chaoten und Randalierern, die Autos anzündeten und einen ganzen Stadtteil verwüsteten. Den Qualitätsmedien schien es sehr gelegen zu kommen, dass sie sich über Gewalt streiten und dem Bürgermeister Scholz von der SPD und den Linken generell die Schuld für das Chaos geben durften. Wie in jedem Wahlkampf der Vergangenheit hat die CDU/CSU wieder die innere Sicherheit als Wahlkampfthema gefunden.

Die Themen des Gipfels bleiben in den medialen Diskussionen auf der Strecke. Und an der Kanzlerin, die die Hauptverantwortung als Gastgeberin trug, prallt alles ab. Erst ein zweiter, unverbesserter Blick macht deutlich, dass Merkel nichts Substanzielles vorzuweisen hat. Der G20-Gipfel war kein wirklicher Erfolg für sie. Ursprünglich hatte sie zum Gipfel in ihre Geburtsstadt Hamburg eingeladen, um mit Hillary Clinton als Präsidentin, die dann aber nicht gewählt wurde, einen glanzvollen außenpolitischen Höhepunkt vor der Wahl zu setzen. Aber statt Glanz gab es Chaos und ein politisches Debakel. Die erhofften Bilder für die von der Presse hochgejubelte Führerin der freien Welt gab es nicht. Ganz im Gegenteil, der einzige wirkliche Erfolg fand am Rande des Gipfels

ohne Merkel statt. Trump und Putin einigten sich auf eine Waffenruhe in einem Teilgebiet Syriens. Für Kanzlerin Merkel war es ein Gipfel des Versagens, und das mindestens im doppelten Sinne.

Zunächst hat sie es versäumt, für eine angemessene Erholung von der Finanzkrise zu sorgen. Seit 2008 hat sie wiederholt versprochen, alles dafür zu tun, dass es nicht wieder passieren kann, dass uns eine Bankenkrise an den Rand des Abgrunds führt. Bis heute ist die Bankenkrise nicht gebannt, noch nicht einmal eine Transaktionssteuer ist eingeführt worden. Mit Schäuble und dem Investmentbanker Macron als Präsident Frankreichs wird es sie auch nicht geben. Der Casinokapitalismus lebt weiter! Das andere Versäumnis ist, dass sie nicht entschieden genug für eine gerechtere Verteilung des Nutzens der Globalisierung, des technologischen und wirtschaftlichen Fortschritts gesorgt hat. Da setzt sie die Hilfe für Afrika auf die Tagesordnung, aber nur ein afrikanisches Land (Südafrika) ist dabei. Und inhaltlich kündigt der „Marshall-Plan für Afrika“ die staatliche Entwicklungshilfe auf. Die Bundesregierung setzt auf private Investoren, die Afrika mit Milliardensummen helfen sollen. Doch diese Strategie weckt begründete Zweifel. Konkrete Projekte zeigen

schon jetzt: Vor allem hilft diese Strategie Firmen und Investoren, die Menschen vor Ort haben nichts davon und oft zerstören die privaten Investitionen die regionalen ökonomischen und sozialen Strukturen und vergrößern das Leid der Bevölkerung. Und so hat es am Ende des Gipfels keine Lösungen für den Kampf gegen Armut, gegen die soziale Ungleichheit, gegen weitere Aufrüstung und gegen den Klimawandel gegeben. Damit kann auch von einer Bekämpfung von Fluchtursachen keine Rede sein. Stattdessen hat Merkel ausgerechnet den undemokratischen, unsozial gestalteten Freihandel à la TTIP wieder aus der Mottenkiste geholt.

Die gemeinsame Erklärung zeigte, dass sich die Teilnehmerstaaten selbst auf den kleinsten gemeinsamen Nenner nicht einigen konnten. Es gab nichtssagende und unverbindliche Formulierungen. Jetzt wird lediglich die Tatsache, dass man miteinander redete, als Erfolg verbucht. Dazu hätte eine Telefonkonferenz zwischen den Beteiligten auch genügt. Mussten dafür über 20.000 Polizeibeamte ihren Kopf hinhalten, demokratische Freiheiten der Bürger eingeschränkt und ein dreistelliger Millionenbetrag an Steuergeldern verschleudert werden?

– DR. BERND SCHEPELER –



Unter dem Motto:

**„Gegen alles ist ein
Kraut gewachsen“**

**können zum Sommerfest
der LINKEN kleine Beutelchen
mit Kräutern zum
Kauf angeboten
werden (0,50 € / Stück)**

Wer macht mit?

Sommerfest der LINKEN.

**Wir laden euch zu unserem Sommerfest am
26.08.2017 14.00 Uhr Am Himmelreich 2a
recht herzlich ein.**

Für Körper und Geist ist bestens gesorgt.

Es gibt Gebratenes und Gebackenes,
„geistige“ Getränke und Alkoholfreies.

Unsere Gäste sind

Kersten Steinke + Steffen Harzer,

es werden also auch interessante Gespräche
zustande kommen.

Es unterhalten uns der Mühlenchor Albrechts,
die Gruppe „Take 2“, die Tanzgruppe der Auszeit
und die „Oldy Kiste“.

Durch das Programm führen uns

Ina Leukefeld + Heidemarie Schwalbe.

Um unsere „Zukunft“ kümmern wir uns mit
Kinderschminken, Basteln und Spiel.

Seid uns willkommen !

„Suhl dreht am Rad“

In Kaluga, unserer russischen Partnerstadt, ist es eine schöne Tradition, am Vorabend des Stadtgeburtstages gemeinsam mit dem Rad durch die Stadt zu fahren. Um 23.00 Uhr machen sich dort tausende Menschen – große und kleine – auf den Weg. An solchen Events durfte ich schon 2x teilnehmen. Es hat schon was Besonderes, wenn so viele Bürger einer Stadt gemeinsam radeln. Ich dachte schon beim ersten Mal, dass wir dies auch mal in Suhl machen könnten. Beim 2. Mal wurde der Gedanke fester und nun ist es soweit.

Am 11.08. werden wir gemeinsam durch Suhl radeln. Mit im Boot sind das Stadtmarketing, der ADFC, die Verkehrswacht, die Rewe Ilmenauer Straße, das Celinger Radteam aus Suhl, der Sportbund u.v.a.m.

Unser OB Dr. Jens Triebel hat die Schirmherrschaft übernommen. Als ganz besonderen Gast dürfen wir Gustaf Adolf „Täve“ Schur begrüßen. Er wird bereits am Nachmittag in der Kulturbaustelle zu Gast sein und über sein Buch reden und unmittelbar vor der Tour auf dem Platz der Deutschen Einheit Autogramme geben. Wir freuen

uns, dass wir ihn mit Hilfe unserer Landtagsabgeordneten Ina Leukefeld für unsere erste Tour gewinnen konnten. Er ist für viele heute noch ein großes sportliches und menschliches Vorbild, auch wenn ihn einige wenige schlecht machen wollen.

–MANUELA HABELT–

Beginn des Events um 18.00 Uhr auf dem Platz der Deutschen Einheit mit vielen Aktionen (bis 22 Uhr) 20.00 Uhr Start der (gemütlichen) Radrundfahrt. Für das leibliche Wohl ist gesorgt!

**Mi., 23. August 2017,
19 Uhr, Kulturbaustelle**

**Roter Oktober 1917
Geschichte und
Erbe der russischen
Revolution**

Mit Dr. Christoph Jünke
(Bochum)

Eine Veranstaltung des
Gesprächsforums
„Alternativ“ und der
Rosa-Luxemburg-
Stiftung Thüringen e.V.

**Noch Plätze frei
nach Budweis**

Für unsere Busreise vom
28.09. bis 01.10.2017
sind noch wenige Plätze
frei.

Der Preis beträgt für
Busfahrt u. Ü/F ca. 170
EURO p.P. im DZ, (ca.
200 EURO im EZ)

Anmeldungen bitte
schriftlich beim Stadtvor-
stand oder per E-Mail an
rgeschaeftsstelle@die-
linke-suhl.de

Reiner Miersch

Termine August 2017

Di	08.08.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	09.08.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
Fr	11.08.	16.00 Uhr	Lesung / Gespräch mit „Täve“ Schur, Kubus (s. Artikel oben)
		18.00 Uhr	„Suhl dreht am Rad“, Platz der Deutschen Einheit
Fr	18.08.	10.00 Uhr	Erinnerung an den 73. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns, Gedenkstätte Buchenwald
Di	22.08.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	23.08.	19.00 Uhr	„Roter Oktober 1917“ - Geschichte und Erbe der russischen Revolution, Kubus (s. Kasten)
Do	24.08.	14.00 Uhr	Gedenken an Rudolf Breitscheid (73. Todestag), Gedenkstätte Buchenwald
Sa	26.08.	14.00 Uhr	Sommerfest der LINKEN, Am Himmelreich 2a (s. Anzeige)
Mi	30.08.	14.00 Uhr	AG Senioren, Seniorencafe, Geschäftsstelle
Fr	01.09.		Veranstaltungen zum Weltfriedenstag
Fr	08.09.	09.30 Uhr	Erwerbslosenfrühstück, Rüssenstr.
Sa	09.09.	09.00 Uhr	Wandern mit Ina (weitere Infos in SAZ 09/2017)
So	10.09.	10.00 Uhr	Tag der Mahnung und Erinnerung, Stadtpark Suhl und weitere Orte
So	10.09.	ab 11.00 Uhr	Tag der Offenen Tür mit Buchhof, Staatsarchiv Meiningen / Depot Suhl

CONGRESS CENTRUM SUHL



GESCHICHTE &

**AUF DEM
ROTEN
SOFA**

GESCHICHTEN



Sport frei

mit dem singenden Weltmeister im Rennrodeln

Sascha Benecken

Moderation: Ina Leukefeld

Donnerstag,

14. September 2017

im Kultkeller VAMPIR des CCS

Beginn: 20 Uhr | Einlass: 18 Uhr

Es erwartet Sie ein unterhaltsamer und
interessanter Abend mit weiteren Überra-
schungsgästen, abgerundet durch ein
erstklassiges gastronomisches Angebot.



Kartenvorverkauf
in der Tourist Information Suhl
Friedrich-König-Str. 7, 98527 Suhl
Tel. 03681 788-228
und an der Abendkasse